

SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/240

17. Dezember 1974

Schrille Töne kontra Stimme der Vernunft

CDU/CSU setzt auf das Aufpeitschen von Emotionen

Seite 1 und 1a / 46 Zeilen

Sparshows sind keine Lösung

Nur Realitätssinn kann Rundfunkanstalten aus
Finanzmisere helfen

Von Hermann P. Reiser MdB
Mitglied der Arbeitsgruppe Pressemedien in der
SPD-Fraktion

Seite 2 und 3 / 46 Zeilen

Was haben die Jusos eigentlich falsch gemacht?

Die Gründe für die schweren SPD-Verluste bei den
Jungwählern

Von Inge Asendorf
Mitglied des Vorstandes der Münchner Arbeitsgemein-
schaft der Jungsozialisten in der SPD

Seite 4 und 5 / 49 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 98 846 - 48 bbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112 Telefon: 37 63 11

Schrille Töne kontra Stimme der Vernunft

Die CDU/CSU setzt auf das Aufpeitschen von Emotionen

In seiner ersten Stellungnahme zu dem Versuch des Alt-Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, die Baader-Meinhof-Häftlinge durch einen Brief an Ulrike Meinhof zur Aufgabe ihres selbstzerstörerischen Hungerstreiks zu veranlassen, hatte der Rechtsexperte der CDU, Friedrich Vogel, erklärt, es seien alle Bemühungen zu begrüßen, die kriminelle Baader-Meinhof-Vereinigung von ihrem Vorgehen abzubringen und sie dazu zu bewegen, den Hungerstreik als Mittel des Kampfes gegen den Rechtsstaat aufzugeben. Es müsse freilich klar bleiben, daß die Taten der Inhaftierten, wie immer sie begründet würden, kriminell seien und Ahndung verlangten. Gesellschaftliche Änderungen seien nur auf den dafür in der freiheitlich-demokratischen Ordnung vorgesehenen Wegen möglich. In diesen Fragen müßten alle Demokraten eine klare Sprache reden.

Dem ist nur zuzustimmen. Es handelt sich hier um eine Selbstverständlichkeit, der Heinemanns Brief, was ebenso selbstverständlich ist, in nichts widerspricht. Wenig später schlug Vogel für die Union allerdings andere Töne an. Nun war er "bestürzt" über Heinemanns "Einseitigkeit", der in dem Brief mit keinem Wort die kriminellen Aktivitäten der Vereinigung angesprochen habe. Heinemann setze seine als Präsident erworbene Autorität aufs Spiel.

Sachlichkeit, menschlicher und politischer Anstand? Sei's drum. Für die CDU zählte nur, daß sie sich wieder im Gleichklang mit der kleinen aggressiven Schwester befand. Die CSU-Landesleitung hatte Heinemanns Bemühungen gleich "von fast unerträglicher Peinlichkeit" genannt. Solche Unternehmen "höchster Prominenz" liefen nur darauf hinaus, die Gewalttaten, deren

die Inhaftierten beschuldigt werden, "einer höheren moralischen und ethischen Kategorie zuzuordnen", also zu beschönigen. Um vor der CSU bestehen zu können, war von der CDU wieder einmal jegliche differenziertere Beurteilungswiese unterdrückt worden. Vermeintlicher parteipolitischer Erfolge willen bläht man zur rücksichtslosen Hexenjagd auf alle, die der Menschlichkeit und der Vernunft Ausdruck verleihen wollen.

Wenn Repräsentanten des Rechtsstaates etwas gut ansetzt, dann ist es eine Haltung, wie sie der Alt-Bundespräsident bewiesen hat. Er hat in dem Brief eindringlich klargemacht, daß es zu dem Hungerstreik objektiv keinen rationalen Grund gibt, daß er nichts bewirken wird, es sei denn die Selbstzerstörung der Inhaftierten. Darüberhinaus hat er prinzipiell festgestellt, daß die Baader-Meinhof-Methoden, wenn sie überhaupt darauf abzielen, niemals gesellschaftliche Verbesserungen, sondern immer nur das Gegenteil bewirken können. Dies ist die Haltung des demokratischen Rechtsstaates, der Humanität und auch der Christlichkeit. Wenn irrationale Emotionen, Hysterien in der Bevölkerung, die Todfeinde von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, kontrolliert werden können, dann nur durch eine von solchen Grundsätzen bestimmten Position.

Die Union verhält sich dazu völlig konträr. Sie verspricht sich etwas von hochgepeitschten Stimmungen. Deshalb auch die schändliche Polemik gegen den Alt-Bundespräsidenten, dessen Bemühen von den im Falle Baader-Meinhof-Häftlinge Kompetenten ausnahmslos als Hilfe begrüßt wird.

Claus Preller

(-/17.12.1974/ks/pr)

+ + +

Sparshows sind keine Lösung

Nur Realitätssinn kann Rundfunkanstalten aus Finanznöten helfen

Von Hermann P. Reiser MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Pressemedien in der SPD-Fraktion

Die breitangelegte Sparshow der ARD und des ZDF mag ja manchen Außenstehenden beeindrucken: Helfen wird sie auf die Dauer indes wenig. Wenn nicht bald Durchgreifendes geschieht, wird die Schuldenlawine in den nächsten Jahren unweigerlich in die Nähe einer Milliarde geraten. Die Fehler wurden in der sorgenfreien Wohlstands-Vergangenheit mit ihren kontinuierlich steigenden Hörer- und Zuschauerzahlen gemacht: Übertrieben ausgeweitete Studiokapazitäten, Prestigebauten, Totalfarbfernsehen, mildtätige Personalvermehrung.

Der entscheidende Schuldenblock wird sich nicht verkleinern lassen, nämlich die (im fiskalischen Jargon) Personal- und Betriebserhaltungskosten. Wer also den Heimkino-Frieden erhalten und die Mattscheibenwelt in die weite Zukunft hinein in Ordnung halten will, der sollte sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Rundfunkgebühren aus den taktischen Höhen des politischen Preises herunter müssen. Diese Gebühren steigen wie die Preise anderer Genußmittel und Freizeitvergnügungen auch. Die Durchschnittskinnkarte ist inzwischen bei sechs bis acht DM angelangt.

Wer sich ein Heil von der Zusammenlegung von Rundfunkanstalten verspricht, verlangt psychologisch kaum Mögliches: den Verzicht auf die politische Selbstdarstellung der Bundesländer und Arbeitslosigkeit unter Rundfunk- und Fernsehleuten. Gerade die Landespolitiker werden sich also (trotz aller Springerpresse-Kampagnen) hier nicht ewig zieren können. Wobei auch zu klären ist, ob der sogenannte Sozialrabatt (Gebührenerlaß

aus sozialen Gründen) endlos den Sendern aufgehalet werden darf.

Für eine korrekte und vertretbare periodische Gebührenanpassung wird daher eine (von den Anstalten) unabhängige Kommission gebraucht. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat kürzlich schon einen Anfang in dieser Richtung gemacht. Vertreter von Staatskanzleien und Rechnungshöfen sollen zuverlässige Unterlagen in Sachen Rundfunkgebühren zusammentragen und dann (in zwei Jahren!) darüber berichten.

Solche Gebührenfragen und ihre Folgen standen auch im Vordergrund einer Tagung von Vertretern und Sprechern der Redakteur- und Programmmitarbeiter-Ausschüsse der Rundfunk- und Fernsehanstalten der Bundesrepublik in Bonn. Es kam dabei (endlich) zu einem Zusammenschluß in einem einheitlichen Koordinierungsausschuß, in dem derzeit der WDR federführend ist. Der RIAS, der Bayerische Rundfunk und der Südwestfunk gehören diesem Ausschuß lediglich mit Beobachterstatus an, was einen Hinweis auf den Stand der Mitbestimmungsdiskussion und der Statutenbewegung in diesen Häusern erlaubt. Wie überhaupt auch noch Schwierigkeiten mit und Hoffnungen um die Mitbestimmung im Mittelpunkt der Redakteursvertreter-Konferenz standen.

So wurde der Rückzug von Politikern vornehmlich mit Exekutivfunktionen aus den Verwaltungsräten der Sender verlangt. Eine Forderung, für die man Verständnis haben kann, denn es berührt fraglos die innere Rundfunkfreiheit, wenn sich beispielsweise Ministerpräsidenten oder Länder-Innenminister in derartigen Gremien sozusagen selber kontrollieren, während die Vertreter der Belegschaft (Ausnahme Radio Bremen und Hessischer Rundfunk) darin garnicht vertreten sind. Anträge (auch der Gewerkschaft), für die sich gerade Sozialdemokraten noch viel stärker engagieren sollten.

(-/17.12.1974/bgy/ee)

+ + +

Was haben die Jungs eigentlich falsch gemacht ?

Die Gründe für die schweren SPD-Verluste bei den Jungwählern

Von Inge Asendorf

Mitglied des Vorstandes der Münchner Arbeitsgemeinschaft der
Jungsozialisten in der SPD

Bei den bayerischen Landtagswahlen im Oktober 1974 haben viele zum ersten Mal gewählt. Betroffen haben wir Jungsozialisten feststellen müssen, daß im Gegensatz zu früheren Jahren die Jung- und Erstwähler überwiegend der CSU ihre Stimme gegeben haben. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 hat die CSU unter den Jungwählern 15 vH der Stimmen gewonnen - die SPD 17 vH verloren!

Das schlechte Abschneiden der SPD bei den jungen Wählern macht uns deshalb so betroffen, weil wir der Meinung sind, daß die CSU nicht die Interessen der jungen Arbeitnehmer, der Lehrlinge, der Schüler und Studenten vertritt.

Die CSU hat an Bayerns Schulen eine Allgemeine Schulordnung (ASchO) erlassen, die den Schüler als unmündiges Kind behandelt. Die CSU hat ein Berufsschulgesetz gemacht, das dem Anspruch der jungen Leute in der Berufsausbildung auf bessere Aufstiegschancen nicht gerecht wird. Und das Hochschulgesetz der CSU stieß auf den einhelligen Widerstand aller engagierten Studenten, weil es weniger statt mehr Demokratie an die Hochschulen brachte.

Gerade weil die CSU keine "Politik für junge Menschen" gemacht hat, müssen wir uns fragen, was wir falsch gemacht haben, daß so viele junge Wähler für die CSU entschieden - "wir", das sind die SPD und die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD.

Falsch war sicher, daß die SPD in Sachen Bildungsreform zu viel versprochen hat. Bildungsreformen hat es - nicht zuletzt wegen der schlechten

wirtschaftlichen Situation - kaum gegeben. Im Bildungswesen herrscht mehr denn je Ungerechtigkeit, Unsicherheit und unsinniger Leistungsdruck. Und weil das Angebot an Lehrstellen von den Unternehmern bestimmt wird, kann die Reform der beruflichen Bildung von Unternehmern blockiert werden.

Manches Versprechen ist also nicht eingelöst worden - und das macht sauer.

Falsch war sicher auch, daß sich die Jusos zuwenig um die hautnahen Probleme der Lehrlinge, Schüler und jungen Arbeitnehmer gekümmert haben. Wir haben ziemlich abstrakt über die Änderung der Gesellschaftsordnung, über Sozialismus und Demokratisierung der Wirtschaft diskutiert, während die jungen Menschen ganz konkrete Existenzsorgen hatten: sei es, daß sie keinen oder keinen guten Arbeitsplatz fanden, sei es, daß sie wegen der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen nicht wissen, wie es in ihrem Leben weitergehen soll, sei es, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

Wir haben nicht deutlich gemacht, was der demokratische Sozialismus zur Lösung dieser Probleme anbietet; warum man in dieser Gesellschaft etwas ändern muß, damit das Chaos im Bildungswesen aufhört.

Wir haben außerdem eine Sprache gesprochen, die viele Menschen, gerade Lehrlinge und junge Arbeiter, abschreckt.

Und weil sich viele nicht vorstellen können, zu was die Arbeit der Jusos nützlich ist, war es für die Gegner leicht, uns zum Schreckgespenst Nr. 1 zu machen. Wir meinen, daß wir diese Verteufelung nicht verdient haben. Wir haben vieles gemacht, was den Bürgern Münchens genützt hat: So sind wir dafür eingetreten, daß so wenig Wohnhäuser wie möglich abgerissen werden, daß Parks und Grünflächen erhalten bleiben, daß die Tarife der öffentlichen Nahverkehrsmittel niedrig bleiben.

Trotzdem: Wir müssen unsere Arbeit überprüfen. (-/17.12.1974/ks/pr)

(c: "Münchner Post")

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller